

Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz: Kommentierung und Bewertung der Wahlprogramme von SPD, CDU, FDP, Grüne und Linke mit Blick auf Klimaschutz und Naturschutz

	Klima	Natur
		
		
		
		
		



Allgemeiner Eindruck

Man ist bei dem Programm der SPD Rheinland-Pfalz hin- und hergerissen, ob man es loben soll ob der vielen positiven Aspekte, die adressiert werden. Oder ob man vielmehr die Kritik über den Mangel an konkreten Maßnahmen und Zielgrößen in den Vordergrund stellt – gerade bei einer Partei, die seit 1991 die Landesregierung führt.

Bereits im ersten Absatz definiert die SPD Rheinland-Pfalz den „Schutz von Umwelt, Natur und Klima“ als eine von drei „Leitplanken für jede einzelne politische Entscheidung“.

Über weite Strecken im „Regierungsprogramm 2021 – 2026“ lenkt sie immer wieder den Blick auf den Klimaschutz, bekennt sich zum Pariser Klimaschutzabkommen und zum 1,5-Grad-Ziel. Sie strebt „als eines der ersten Bundesländer vollständige Klimaneutralität bis 2040 an, wobei der gesamte Energiebedarf zu 100% mit Erneuerbaren vorrangig aus regionalen Quellen gedeckt werden soll.“

Auch darüber hinaus werden viele Themen adressiert, beispielsweise grüner Wasserstoff, „klimafreundliche Alternativen“ im Verkehr oder dass „beim Bauen noch stärker soziale und ökologische Belange berücksichtigt werden sollen“. Selbst im Bereich Bildung und Wissenschaft ist Klimaschutz ein Thema. Es fehlen aber auch wichtige Bereiche: Finanzen und Bauen beispielsweise. Auch bei den Themen Landwirtschaft oder Wald spielt der Klimaschutz nicht die Rolle, die notwendig wäre.

Viel bedeutsamer aber ist: Das Programm spricht viel davon, „Was“ zu tun ist, aber sehr wenig bis gar nicht von dem „Wie“, dem „Wieviel“ und dem „Wann“. Es geht um den „Ausbau der Windenergie“ oder die „Verbesserung der Regelungen im EEG“, darum das „Landesklimaschutzkonzept weiterzuentwickeln“ und „die Landesziele verbindlich festzulegen“. Es fehlen aber weitestgehend konkrete Maßnahmen und messbare Zielgrößen.

Noch lückenhafter wird das Programm im Bereich des Naturschutzes. Die Partei bekennt sich zum „flächendeckenden Umwelt- und Naturschutz“ und will dem Artensterben entschieden entgegensteuern. Auch die Bedeutung der Biotopvernetzung erkennt sie. Sie nennt aber nur wenige konkrete Maßnahmen, die sie umsetzen möchte. Insgesamt ist nicht erkennbar, dass die SPD ein schlüssiges Konzept für den Naturschutz hat. Deshalb ist nicht davon auszugehen, dass sie die selbst gesteckten Ziele erreichen wird.

Klimaschutz



Klimaschutz ist für die SPD Rheinland-Pfalz primär Energiepolitik bzw. Energiewende, „Innovative und nachhaltige Klimaschutz- und Energiepolitik“ ein Unterthema von „Nachhaltigem Wirtschaften und Arbeiten“.

Die Landespartei bekennt sich zum Pariser Klimaschutzabkommen und möchte, dass Rheinland-Pfalz bis 2040 vollständig klimaneutral wird. Dabei setzt die SPD auf den Dreiklang „Energieeinsparung – Energieeffizienz – Erneuerbare Energien“. Die ersten beiden Punkte werden weder mit konkreten Maßnahmen noch konkreten Zielen untermauert. Bei den erneuerbaren Energien setzt die SPD auf Wind, Sonne, Wasserkraft und Biomasse und hat das Ziel, diese „im Einklang mit dem Landschafts- und Naturschutz, dem Schutz der Kulturlandschaft sowie den Bedürfnissen der Bevölkerung weiter deutlich auszubauen“.

Dieser Weg wird aber wenig konkret beschrieben. Landesziele sollen verbindlich festgesetzt werden – ohne dass die SPD sagt, welche Zielgrößen sie in den Blick nimmt. Das Programm spricht von „zügig“, „ambitionierten Ausbau“, von „angemessener steuerlicher Förderung“, davon „Genehmigungsverfahren anzupassen“ oder zu beschleunigen. Die „Ausweisung von Sonderbauflächen“ für Solar- und Windenergie neben Auto- und Eisenbahntrassen ist eine der wenigen Maßnahmen, die konkret benannt wird. Was fehlt ist wiederum ein Bekenntnis, die Erschließung zur Nutzung fossiler Energien, z.B. neue Erdölbohrungen im Raum Speyer,

parallel dazu zu verhindern. Erfreulich ist hingegen die Festlegung auf „grünen Wasserstoff aus heimischen Erneuerbaren Energien für die Energiespeicherung und für die Mobilität.

Im Bereich Mobilität zeigt das Programm viele gute Ansätze für den Ausbau und die Förderung des ÖPNV, den die als erstes Bundesland zur kommunalen Pflichtaufgabe machen möchte. Auch der Fahrradverkehr findet viel Beachtung, vom Ausbau der Radwege über Fahrradparkhäuser bis zum Jobfahrrad für Landesbedienstete. Was allerdings fehlt ist sowohl ein Konzept zur Stärkung des Fußgängerverkehrs und insbesondere eine Abkehr vom Straßenbau.

Naturschutz



Während sich Klimaschutz durch das ganze Programm zieht, konzentrieren sich Aussagen zum Naturschutz im Wesentlichen in den Kapiteln Umweltschutz, Wald und Landwirtschaft. Dort finden sich verschiedene Naturschutzaspekte: Der Vertragsnaturschutz soll gezielt bereits bestehende Schutzgebiete ökologisch stärken. Lebensräume sollen vernetzt werden. Die Anlage von Schottergärten soll beschränkt, das Sonderprogramm „Mehr Grün im Dorf“ ausgebaut, das Blühstreifenprogramm weiterentwickelt werden. Im Wald setzt die SPD auf die Naturgemäße Waldwirtschaft, im Staatsforst wird weiterhin das Ziel von 10 % Prozessschutzflächen verfolgt. Der Nationalpark und das Biosphärenreservat sollen weiterentwickelt werden.

Wichtige Aspekte fehlen jedoch im Programm. Etwa die dringende Weiterentwicklung des Schutzgebietsnetzes Natura 2000, das immerhin fast 20 Prozent der rheinland-pfälzischen Landesfläche ausmacht. Oder der Flächenverbrauch: Weder beim Wohnungsbau noch beim Bekenntnis zu zahlreichen Straßenbauprojekten werden Lebensraum- und Bodenverluste oder Zerschneidungswirkungen berücksichtigt.

Die Aussage, die Leistungsfähigkeit der Naturschutzverwaltung solle erhalten werden, verkennt, dass diese aufgrund von zu wenig Personal seit Jahren nicht gegeben ist, was zu zahlreichen Vollzugsdefiziten im Naturschutz geführt hat.

Lichtblicke

- + Schutz von Umwelt, Natur und Klima als Leitplanke
- + Förderung des ÖPNV
- + Nachhaltigkeitsfaktor für öffentliches Beschaffungswesen

Lücken

- Fehlende Maßnahmen und Zielgrößen
- Keine Abkehr vom Straßenbau
- Keine Maßnahmen hinsichtlich Ressourcen- und Energieeffizienz
- Kein Ansatz zur Reduktion des Flächenverbrauchs
- Keine Pläne für Natura 2000

Zum Wahlprogramm:

www.spd-rlp.de/wp-content/uploads/2021/02/SPDrp_WirMitIhr_Regierungsprogramm_2021-2026.pdf



Allgemeiner Eindruck

Klimapolitik ist im Jahr 2021 keine Nische mehr, sondern Pflichtthema – sollte man meinen. Nun war die CDU auch in Rheinland-Pfalz bisher nicht als Klimapartei aufgefallen, eine Kür war hier nicht zu erwarten. Aber ihr Wahlprogramm liefert nicht einmal die Pflicht. Die CDU hat für Rheinland-Pfalz kein Klimaschutzkonzept. Man kann sogar sagen: Klimaschutz spielt für sie keine Rolle. Dementsprechend umfasst das Kapitel „Energie und Klimaschutz“ weniger als eine Seite. Der Fokus der Union bleibt auf der Wirtschaft, was legitim ist. Es gelingt ihr aber nicht, Wirtschaft und Klima zu verknüpfen.

Ähnlich sieht es im Bereich Naturschutz aus. Die CDU fühlt sich nach eigener Aussage zwar verpflichtet, die Schöpfung zu bewahren. Es wird aber schnell deutlich, dass die CDU keinen umfassenden Blick auf den Schutz der Natur hat. Berücksichtigt werden lediglich Kulturlandschaft und Wirtschaftswald, die mit marktwirtschaftlichen Mechanismen vereinbar sind. Wildnisflächen spielen keine Rolle.

Klimaschutz



Die CDU fasst Klimaschutz unter Wirtschaft mit Energie zusammen, um gleichzeitig dem Strom noch ein eigenes Kapitel zu widmen. Selbst beim genauen Lesen ist es nicht leicht, einen roten Faden zu finden.

Im energiepolitischen Zieldreieck steht Klimaschutz an dritter Stelle hinter „sicher“ und „bezahlbar“. Und wenn Klimaschutz, dann setzt die CDU auf marktwirtschaftliche Instrumente wie „smart metering“, oder verweist erstmal auf die Bundesebene, indem sie den Fokus auf den Emissionshandel richtet. Energieeinsparungen sind kein Thema für CDU.

Am ehesten ist die CDU bereit, erneuerbare Energie zu fördern: „Unternehmen brauchen Energie und Energiesicherheit. Dabei ist gerade die Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien ein Standortvorteil, um Unternehmen klimaneutral zu stellen. Deshalb unterstützen wir das Ziel, bis 2030 Strom bilanziell zu 100% aus erneuerbaren Energien zu produzieren.“ Aber bilanziell heißt nicht zwingend real. Und: „Die Förderung von Windkraft- und Solarstromanlagen soll durch Ausschreibungen nach dem geringsten Förderbedarf (...) erfolgen.“ Wohlwollend betrachtet geht es um den effizienten Einsatz von Finanzmitteln. Man könnte aber auch sagen, die CDU möchte möglichst am Ende hier doch möglichst wenig Geld investieren.

Zu guter Letzt glaubt die CDU, dass der „echte“ Klimaschutz „mit glaubwürdigen und langfristig sicheren Energiekonzepten“ noch gefunden werden muss. „Wir wollen solche Konzepte an einem neuen Klimacampus entwickeln.“

Auch im Bereich Mobilität bleibt die CDU die Partei der Straßen und Autos. Zwar heißt es, „wir wollen den ÖPNV stärken. Taktungen müssen gerade im ländlichen Raum verbessert werden“. Aber gleichzeitig versteht die Union unter Verkehrsinfrastruktur „weitere Rheinbrücken im Mittelrheintal, in Mainz und Wörth, sowie den Lückenschluss der A1 und den vierspurigen Ausbau der B10“. Mit Blick auf „Schnellradwege und Rad-Mobilitätskonzepte“ geht es nur um Unterstützung der Kommunen, das Land selber sieht die Union nicht in der Verantwortung. Fußgänger werden nicht einmal erwähnt.

Naturschutz



Der Naturschutz findet sich im Kapitel „Landwirtschaft/Weinbau und Umwelt: Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit gehen nur gemeinsam.“ Und Wirtschaftlichkeit ist Programm: "Natürliche Lebensgrundlagen" sollen mit einer "Strategie der Bioökonomie" erhalten werden "und gleichzeitig unseren Wohlstand mehren". Geschützt wird ausschließlich die Kulturlandschaft inklusive des Waldes, der zwar immerhin als naturnah beschrieben wird, aber dessen „Wertschöpfung erhalten bleiben“ muss. Für die Kulturlandschaft hat die CDU einige Ideen: Blühstreifen, Grünlanderhalt, Brachflächen und weniger Flächenversiegelung. Insbesondere zu letzterem finden sich Ansätze im Programm. Die Partei erkennt die Problematik, dass oft „Neubauf Flächen in Siedlungsrandbereichen ausgewiesen“ werden „bei zugleich leerstehenden Ortskernen“. Sie will dem mit passgenaueren Dorferneuerungsprogrammen und Förderungen verschiedener Wohnformen entgegenwirken. Und auch die ökologische Vielfalt soll innerhalb von Siedlungen gefördert werden.

Es ist zu begrüßen, dass dem Höfesterben entgegengewirkt und dass es für die Förderung der biologischen Vielfalt finanzielle Anreize geben soll. Doch insgesamt ergeben die Ansätze der CDU kein schlüssiges Naturschutzkonzept. Wichtige Bereiche sind ausgeklammert. So gibt es keinerlei Aussagen zum Umgang mit Schutzgebieten und Natura 2000 und der Schutz ungenutzter Natur ist offenbar nicht vorgesehen. Weder zum Nationalpark noch zum Biosphärenreservat gibt es Aussagen. Insgesamt bleibt der Beigeschmack, dass es letztlich doch nicht um den Schutz der Schöpfung, sondern viel mehr um den Schutz der Wirtschaftlichkeit im ländlichen Raum geht.

Lichtblicke

- + Ausbau des ÖPNV
- + Minimierung der Flächenversiegelung
- + Ziel, Strom bis 2030 bilanziell zu 100% aus erneuerbaren Energien zu produzieren

Lücken

- Fehlen eines Klimaschutzkonzeptes
- Keine Berücksichtigung von Effizienz- und Einsparmaßnahmen
- Keine Schutzkonzepte ungenutzter Natur
- Keine Pläne für Natura 2000 oder anderen Schutzgebieten

Zum Wahlprogramm:

www.cdurlp.de/sites/www.cdu-rlp.de/files/antraege/cdu-rlp-regierungsprogramm_210126_2.pdf



Allgemeiner Eindruck

Die FDP Rheinland-Pfalz legt die Verantwortung für Klimaschutz in die Hand des Einzelnen. Sie erwartet weiterhin, dass der Markt den Klimaschutz regeln wird, lehnt explizit „Verbote und dirigistische Eingriffe“ ab, setzt auf Technologieoffenheit und den Emissionshandel. Zwar bekennt sie sich zu den Pariser Klimaschutzzielen, möchte diese aber – letztlich ausschließlich – „über das CO₂-Limit des europäischen Emissionshandels sicherstellen, den wir möglichst europaweit auf alle Sektoren ausweiten wollen“. Maßnahmen und Verantwortung auf Landesebene fehlen konsequenterweise weitestgehend.

Auch wenn die FDP laut eigener Aussage zu ihrer "Verantwortung für den Umwelt- und Naturschutz" steht, lesen sich viele der Aussagen eher wie eine Verteidigung der Landwirtschaft und anderer Bereiche gegen Anforderungen im Naturschutz. Es wird der Eindruck vermittelt, dass Naturschutzanforderungen oft nicht sachgerecht, sondern ideologiegetrieben sind. Der Status quo, insbesondere in der Landwirtschaft, wird als gut beschrieben. Naturschutz beschränkt sich weitgehend auf „Pflege durch Nutzung“ und soll durch Vertragsnaturschutz umgesetzt werden.

Klimaschutz



Für die FDP Rheinland-Pfalz ist „Kernarbeitsfeld einer durchdachten Klima- und Nachhaltigkeitspolitik“ die Mobilität. Dementsprechend stellt sie in ihrem Programm beim Verkehr den ÖPNV und die Schiene nach vorne. „Das Land definiert erstmals bundesweit den ÖPNV als kommunale Pflichtaufgabe und durch den Landesnahverkehrsplan einheitliche Standards zur Erfüllung dessen.“ Bei der Reaktivierung von Bahnstrecken sollen „auch nicht-monetäre Faktoren, wie Lärm- und Gesundheitsschutz und Öko- und Klimawirkungen stärker ins Gewicht genommen werden“. Der Radverkehr für Pendler, den Alltagsverkehr und auch für den Tourismus soll gefördert werden.

Dennoch verzichtet die FDP darauf, sich auf der anderen Seite auch von den umweltschädlichen Mobilitätsformen zu verabschieden. Ein Dutzend Autobahn- und Bundesstraßenprojekte wollen sie weiter „energisch vorantreiben“, trotz der vorherigen Beteuerung, es gelte „weiterhin der Grundsatz 'Erhalt vor Neubau'“. Die „pauschale Degradierung des Verbrennungsmotors“ lehnen sie ab. „Der Flughafen Hahn bietet für die gesamte Hunsrückregion eine Entwicklungschance“.

Gute Ansätze zur Verkehrswende stehen somit neben Altbekanntem und unter dem Vorbehalt, dass die Verantwortung für die Wende letztlich beim Individuum geparkt wird.

Energiethemen verlagert die FDP primär auf Bundes- oder EU-Ebene: Ausstieg aus der EEG-Förderung, Einbinden der „deutschen Energiepolitik in eine gesamteuropäische Energiepolitik“ und der „Emissionshandel als Leitinstrument“. Immerhin bekennt sich die FDP zu Energieeffizienz, denn diese liege „im wirtschaftlichen Interesse jedes Bürgers und jedes Unternehmens“. Sie fordert hier „fachliche Unterstützung der Unternehmen“, ohne jedoch klar zu machen, ob und wie diese vom Land geleistet werden könnte.

Erneuerbare Energien sind für die FDP vor allem ein Wirtschaftszweig: „Zur Erhaltung der Arbeitsplätze und des existierenden Know-hows unterstützten die Freien Demokraten alle Maßnahmen, die den deutschen Anlagenbau und dessen Zulieferer zu einer führenden Position in regenerativen Energien – auch in der Wasserstofftechnologie – verhelfen.“ Das ist gut und richtig. Aber ein Bekenntnis zum Klimaschutz selbst lässt sich nicht aus dem Programm herauslesen. Die einzelnen Ansätze, beispielsweise zu Energieeffizienz, Wasserstoff oder Kraft-Wärme-Kopplung, bleiben damit seltsam unkonkret und auch ungläubwürdig.

Naturschutz



Naturschutz wird im Programm der FDP zum Teil im Kapitel Landwirtschaft und im Kapitel Umweltschutz behandelt.

Es macht nicht den Eindruck, dass die Partei sich über die gravierenden Probleme in der Agrarlandschaft – wie der massive Biodiversitätsverlust, die Belastungen durch Agrochemikalien und Nitrat – bewusst ist. Es geht lediglich darum, „die Landwirtschaft noch näher mit ambitionierten Umweltzielen in Einklang zu bringen“ als sie es ohnehin schon ist. Wenn der Markt es zulässt. Folglich bescheinigt die Partei der Landwirtschaft, dass sie "ein gutes Gewissen haben" darf. Da passt es, dass sie bei der Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik bei einem großen Teil der Zahlungen an Landwirt*innen (1. Säule) keine ökologischen Anforderungen stellen möchte.

Insgesamt finden sich kaum konkrete Ansätze für Naturschutz im Wahlprogramm. Die FDP betont immer wieder, dass sie es ablehnt Ordnungsrecht anzuwenden. Stattdessen setzt sie auf freiwillige Leistungen, Vertragsnaturschutz und Innovationen durch Forschung.

Positiv ist, dass sie die Bedeutung von innerstädtischem Grün für den Naturschutz erkennt. Allerdings findet sich im Programm nichts zum Schutz von Wildnis, zum Umgang mit Natura 2000- und anderen Schutzgebieten oder zum Nationalpark oder Biosphärenreservat.

Dass es am tatsächlichen Veränderungswillen zu mangeln scheint, zeigt sich im Thema Nährstoffüberschüsse. Diese sollen nach eigener Aussage durch „intelligente Maßnahmen reduziert werden“. Eine solche Maßnahme soll offenbar der Ausbau des Nitrat-Messstellennetzes sein – als ob man Stoffe wegmessen könnte.

Lichtblicke

- + Verkehrswende im Blick
- + Gute Ansätze Energieeffizienz, Wasserstoff oder Kraft-Wärme-Kopplung
- + Förderung von Naturflächen in der Stadt

Lücken

- Kein Bekenntnis zu verbindlichen Klimazielen und entsprechenden Maßnahmen
- Keine nachhaltige Förderung / Ausbau von Erneuerbaren, stattdessen Ausstieg aus EEG
- Fokus auf Europa = „Warten auf Godot“
- Kein Naturschutzkonzept
- Wildnisschutz, Schutzgebiete und Natura 2000 kommen nicht vor
- Im Naturschutz kein ausreichendes Problembewusstsein

Zum Wahlprogramm:

www.fdp-rlp.de/content/wahlprogramm-der-freien-demokraten-rheinland-pfalz-zur-landtagswahl-2021



Allgemeiner Eindruck

Die Grünen sehen in der Corona-Krise eine Transformationschance: „Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz gestärkt aus der Corona-Krise hervorgeht – klimaneutral, nachhaltig, sozial gerecht, familienfreundlich, weltoffen und demokratisch.“ Sie widmen dem Themenkomplex Klima, nachhaltige Transformation der Wirtschaft, intakte Umwelt und Mobilitätswende die ersten vier Kapitel ihres Wahlprogramms und wollen „ein anderes Tempo“ als die aktuelle Bundesregierung: „Unser Ziel ist eine klimaneutrale Gesellschaft bis 2035. Damit stehen wir zur Verpflichtung durch das Klimaabkommen von Paris und orientieren uns an dem Bericht des Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit.“

Über weite Strecken formulieren sie klare, oftmals auch messbare Ziele und hinterlegen diese mit Maßnahmen und einem Zeithorizont. Natürlich gibt es auch im Wahlprogramm der Grünen Punkte, die in Allgemeinplätzen verhaftet bleiben. Wähler*innen, die auf ein bestimmtes Einzelthema setzen, können also durchaus enttäuscht sein. Die Kritik an diesem Programm liegt aber nur im Detail, nicht am Gesamtkonzept.

Auch das Kapitel zum Naturschutz enthält ein umfassendes Programm mit vielen Zielen und Maßnahmen. Die Grünen berücksichtigen dabei sowohl den Schutz der Kulturlandschaft als auch der Wildnis und die Biotopvernetzung. Zum Teil sind messbare Ziele hinterlegt. Im Gegensatz zum Klimaschutz finden sich jedoch fast keine Zeithorizonte. Die Landwirtschaftspolitik ist ebenfalls klar auf den Schutz der Umwelt und den Erhalt der biologischen Vielfalt ausgerichtet.

Die Grünen berücksichtigen in ihrem Programm viele Aspekte, die bei anderen Parteien nicht vorkommen, wie den Umgang mit Natura 2000-Schutzgebieten und die Weiterentwicklung der Biodiversitätsstrategie. Die Erfahrungen aus den vergangenen 10 Regierungsjahren zeigen aber, dass die bisherige Umsetzung nicht so gut gelungen ist, wie es aus Naturschutzsicht wünschenswert gewesen wäre.

Klimaschutz



„Klimaschutz – Energiewende – Wasserstoff – Wärme – Solaroffensive – Windkraftausbau“ fassen die Grünen im ersten Kapitel zusammen. Ziel ist eine „klimaneutrale Gesellschaft bis 2035“ auf Basis des Klimaabkommens von Paris und dem Bericht des Weltklimarates zum 1,5 Grad-Limit. Dafür werden sie „ein Treibhausgasbudget für Rheinland-Pfalz als zentrales Steuerungselement entwickeln und fortlaufend überprüfen“.

Das Landesklimaschutzgesetz soll entsprechend weiterentwickelt werden, „um gemäß den Vorgaben des Pariser Klimaabkommens ein klimaneutrales Rheinland-Pfalz zu erreichen.“ Klimaschutz soll kommunale Pflichtaufgabe werden.

Die Leistung von Windenergie wollen sie bis 2030 mindestens verdoppeln, Solarenergie verdreifachen. Auch die eigene Landesverwaltung wollen sie in die Pflicht nehmen und „einen CO₂-Schattenpreis für die Landesverwaltung zugunsten klimafreundlicher Planungen einführen“. Ziel bleibt es, „die Landesverwaltung bis 2030 klimaneutral zu organisieren“. Grünen Wasserstoff sehen sie als Chance für „Klimaschutz, Wohlstand und neue Arbeitsplätze“.

Energieeinsparungen werden immer wieder thematisiert. Die Grünen wollen „durch eine bundesgesetzliche Ländereffizienzklausel ein wirksames Erneuerbare-Wärme-Gesetz in Rheinland-Pfalz ermöglichen“ sowie „die Verwaltung bei der praktischen Umsetzung der energetischen Gebäudemodernisierung mit einer EnEV-Durchführungsverordnung unterstützen“. Insgesamt könnte Energieeffizienz noch stärker hervorgehoben werden z.B. mit einer Festschreibung des Passivhausniveaus für Neubauten auch für private Haushalte und Unternehmen, aber auch mit Blick auf die Verbraucher*innen durch mehr Informationsangebote.

Das Commitment zu Erneuerbaren Energie ist eindeutig und verbunden mit einer klaren Aussage „gegen neue Erkundungsbohrungen in Rheinland-Pfalz zur Gewinnung von Erdöl“. Verbesserungen wäre aber beispielsweise noch im Bereich KWK oder auch hier mit Blick auf die Information der Bürger*innen möglich.

Nachhaltige Mobilität ist ebenfalls ein Thema für die Grünen Rheinland-Pfalz. Auf Straßenneubau möchten die Grünen weitgehend verzichten, stattdessen legen sie den Fokus auf ÖPNV, die Schiene und das Fahrrad. Insbesondere in diesem Bereich ist das Programm umfassend und relevante Lücken nicht zu erkennen.

Berlin ist für die Grünen Ziel und Partner sowie Schlupfloch gleichermaßen: Auf Bundesebene wollen sie „Klimaschutz und den Nachhaltigkeitsgrundsatz als Staatsziel in der Verfassung verankern“. Aber auch: „Außerdem schaffen wir [das 1,5-Grad-] Ziel nur, wenn wir von der Bundesebene Rückenwind bekommen für die Mobilitäts- und Wärmewende, den Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Landwirtschaft und die Gebäudesanierung“.

Naturschutz



Die Grünen bekennen sich zu einem flächendeckenden Biotopverbund und möchten bestehende Schutzgebiete ausweiten. Sie setzen auf einen „grundlegenden Umbau der Landwirtschaft“ ohne den Naturschutz nicht gelingen kann. Die Gewässer- und Naturschutzprogramme „Aktion Blau Plus“ und „Aktion Grün“ sollen zu einem flächendeckenden Biotopverbund ausgebaut werden. Bestehende Artenschutzprojekte sollen verstetigt, Agrarumweltprogramme ausgeweitet werden. Die Biodiversitätsstrategie soll in einem verbindlichen Austauschprozess mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Betroffenen weiterentwickelt werden. Natura 2000-Schutzgebiete sollen weiterentwickelt und mit einer „auskömmlichen Finanzierung und Monitoring-Kriterien“ unterlegt werden, um die Wirksamkeit der Maßnahmen genauer überprüfen zu können. Eine in Naturschutzkreisen schon lange erhobene, bisher auch unter Grüner Regierungsbeteiligung nicht umgesetzte Forderung.

Die Partei möchten prüfen, „inwieweit die bestehenden Verwaltungsstrukturen gestärkt oder neue Strukturen, beispielsweise in Form von biologischen Stationen, aufgebaut werden sollten.“ Dies ist zu begrüßen. Allerdings wäre ein deutlicheres Bekenntnis zu mehr Personal im Naturschutz wünschenswert.

Weitere positiv zu bewertende Aspekte des Programms sind die Ausweitung der Bildung für nachhaltige Entwicklung und des Globalen Lernens sowie Pläne zum innerstädtischen Natur- und Umweltschutz. Bei letzterem spielt für die Grünen die Flächenentsiegelung eine wichtige Rolle, weshalb es in Kommunen Entsiegelungskataster geben soll. Insgesamt wird mittelfristig ein Stopp der Flächenversiegelung angestrebt.

Weiterhin bekennt sich die Partei zum Ziel der Wasserrahmenrichtlinie, alle Gewässer bis 2027 in einen guten ökologischen Zustand zu bringen. Der Wald soll zu einem „klimaangepassten und naturnahen Mischwald“ entwickelt werden. Dabei soll die Naturverjüngung gestärkt werden. Die Grünen streben eine flächendeckende FSC-Zertifizierung auch der Gemeinde- und Privatwälder an. Besonders natur- und klimaangepasste Bewirtschaftungsformen sollen erprobt werden.

Auch der Schutz der Wildnis im Wald hat für die Partei einen hohen Stellenwert. So soll das nationale Ziel von 5 % Wildnisflächen mittelfristig übertroffen werden. Ziel sind 10 % aller rheinland-pfälzischen Waldflächen.

In der Landwirtschaft streben die Grünen eine umfangreiche Ökologisierung an. Der Anteil von Ökoanbau soll auf 30 % gesteigert werden. Die „gute landwirtschaftliche Praxis“ soll ambitioniert weiterentwickelt werden. Die Auszahlung von EU-Agrarmitteln sollen auch in der ersten Säule an Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen gekoppelt werden.

Lichtblicke

- + Hoher Stellenwert von Klima- und Naturschutz
- + Kohärentes Energiekonzept, das Wechselwirkung zu anderen Sektoren berücksichtigt
- + Kulturlandschafts- und Wildnisschutz
- + Ökologisierung der Landwirtschaft

Lücken

- Sozialgerechte Ausgestaltung von Klimaschutz und Energiewende eher unpräzise

Zum Wahlprogramm:

<https://gruene-rlp.de/partei/landtagswahl-2021/unsere-landtagswahl-programm-ltw2021/>

DIE LINKE.

Allgemeiner Eindruck

Der Fokus des Wahlprogramms der Linken Rheinland-Pfalz liegt auf der sozialen Gerechtigkeit. Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Umweltschutz sind durchaus vertreten, laufen aber eher mit. Man muss schon suchen, um die entsprechenden Abschnitte zu finden und wo man etwas findet, wird es unter sozialen Gesichtspunkten betrachtet: „Wirksame Schritte gegen den Klimawandel werden erst verschleppt und dann die Kosten gerade denen aufgebürdet, die außer minimaler Hilfe in Notlagen oder dem jährlichen Steuerbescheid sowieso nichts mehr von ihrem Staat erwarten.“

Aber auch wenn der Klimaschutz kein konkretes Thema ist, ist das Programm hier durchaus ambitioniert. Ihr „Zukunftsinvestitionsprogramm für Rheinland-Pfalz: 20 Milliarden Euro für Infrastruktur, Bildung, Verkehr und Umwelt“ legt - ohne das in den Vordergrund zu stellen - einen Fokus auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

„Erhalt, Pflege und die Wiederherstellung unserer natürlichen Lebensgrundlagen sind ebenso wichtig wie Solidarität und soziale Gerechtigkeit“ postuliert die Linke und misst somit dem Naturschutz eine wichtige Bedeutung zu - sowohl im landwirtschaftlichen Bereich wie auch im Wald. Es finden sich jedoch wenig konkrete Ansätze, die darauf hindeuten, dass es der Linken gelingen wird, wirksamen Naturschutz zu betreiben.

Vorzuwerfen ist der Linken, dass sie die Themen wenig ausführt, wenige Maßnahmen oder konkreten Zielgrößen hinterlegt. Sie sieht es als ihre Aufgabe, Erwerbsarbeitende und das Sozialsystem zu schützen - auch und gerade in Umbruchzeiten. Bei Koalitionsverhandlungen steht deshalb zu befürchten, dass im Zweifel Umweltmaßnahmen aufgegeben werden.

Klimaschutz



Die Linke Rheinland-Pfalz verortet Umweltpolitik und Klimaschutz beim Verkehr: „DIE LINKE meint es ernst mit einem ökologischen Umbau des Verkehrssystems: „Global denken, lokal handeln!“ muss auch für Rheinland-Pfalz Gültigkeit haben.“ Schwerpunkt ist der Ausbau des ÖPNV, flächendeckend und bezahlbar bzw. sogar kostenlos, auch wenn klimafreundliche Aktivität nicht kommunale Pflichtaufgabe werden soll. Dafür thematisiert die Linke explizit die negativen Folgen der Corona-Krise für den ÖPNV und fordert: „Damit überhaupt ein rudimentärer öffentlicher Nahverkehr bestehen bleibt, müssen die Kommunen einspringen.“

Beim Straßenbau geht Erhalt vor Ausbau, einzelne Projekte wie der Weiterbau der A1 werden explizit abgelehnt. Die Linke geht sogar so weit, den PKW langfristig obsolet zu machen. Für den Übergang setzt sie konkret vor allem auf Effektivität der Nutzung durch Mitfahrmöglichkeiten sowie für längere Strecken auf ein „landesweites Fern(schnell-)busverkehrsnetz“. Zudem fordert die Linke „eine generelle

Tempobegrenzung 30 / 80 / 120“.

Bahnstrecken sollen reaktiviert, elektrisch geplant bzw. bestehende Strecken auf Strom umgerüstet werden. Viele konkrete, auch kleinteilige Maßnahmen lassen die Schlussfolgerung zu, dass beim Verkehr ein Gesamtkonzept besteht.

Demgegenüber sind die Vorstellungen im Bereich Energie ungewöhnlich unkonkret. Erneuerbare Energien sollen verstärkt erforscht werden, Ausbauziele oder -korridore findet man nicht. Repowering, Wasserstoff, EEG, Klimaschutzgesetz? Werden nicht erwähnt. Energieeinsparung findet nur statt als „Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden“. Die Anerkennung des Klimanotstandes in Rheinland-Pfalz und Umsetzung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens“ bleiben damit relativ substanzlos im Raum stehen.

Naturschutz



Die Linke möchte die vielfältige Natur- und Kulturlandschaft in Rheinland-Pfalz, „nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen“ schützen. In der Landwirtschaft soll die Strukturvielfalt durch Landschaftselemente wie Hecken, Feldgehölze, Feldraine, Brachen und Kleingewässer durch finanzielle Anreize gefördert werden.

Auf Schutzgebiete, Natura 2000, den Nationalpark oder das Biosphärenreservat geht die Partei nicht ein. Eine Begrenzung des weiteren Flächenverbrauchs hält sie für dringend notwendig. Konkrete Maßnahmen hierfür werden aber nicht benannt.

Etwas ausführlicher sind die Ausführungen zur Waldwirtschaft. Sie setzt auf die Abkehr von Monokulturen und monotonen Altersklassenwäldern, fordert ein Mindestmaß an Totholz und setzt primär auf eine natürliche Verjüngung. Zur Schonung des Waldbodens soll der Einsatz schwerer Forstmaschinen auf ein Minimum reduziert werden. Auch größere ungenutzte Naturwälder sind im

Konzept.

Lichtblicke

- + Großes Investitionsprogramm für (20 Mrd.) für Infrastruktur, Bildung, Verkehr und Umwelt
- + Berücksichtigung von Sozialaspekten bei der Ausgestaltung von Klimaschutz, Energiewende und Naturschutz
- + Umfassendes Verkehrswendekonzept

Lücken

- Kein Energiewendekonzept
- Wenige Maßnahmen oder konkrete Zielgrößen beim Klimaschutz
- Wenig konkrete Ansätze und Maßnahmen im Naturschutz

Zum Wahlprogramm:

www.dielinke-rhlp.de/fileadmin/iv/dokumente/2020/LTW21_landtagswahlprogramm_vVOE_ungestaltet.pdf

Die Kommentierung und Bewertung wurde anhand der von den Parteien veröffentlichten Wahlprogrammen von der Klima-Allianz Deutschland und dem BUND Rheinland-Pfalz vorgenommen. Ausgewertet wurden die klimaschutz- und naturschutzrelevanten Aussagen der Programme.

Impressum

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Landesverband Rheinland-Pfalz
Hindenburgplatz 3
55118 Mainz

www.bund-rlp.de
info@bund-rlp.de
06131-62706-0

V.i.S.d.P.: Sabine Yacoub

Layout: BUND RLP; Ampel-Grafik: Heidi Weibel
26.2.2021

Klima-Allianz Deutschland

Invalidenstr. 35
10115 Berlin

Kontakt:

Daniel Eggstein
www.klima-allianz.de
daniel.eggstein@klima-allianz.de
030 - 780 899 525